

REGIERUNGS-NEWS

150 000 Franken für den Irak

VADUZ – Die Regierung stellt zur Linderung der humanitären Folgen des Krieges im Irak einen Beitrag von insgesamt 150 000 Franken bereit. 100 000 Franken werden dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und 50 000 Franken dem UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) zur Verfügung gestellt.

Mit diesem Beitrag wird ein Zeichen der Solidarität für die Opfer des Krieges gesetzt, der trotz der Bemühungen der Vereinten Nationen nicht verhindert werden konnte. Liechtenstein führt damit seine langjährige humanitäre Tradition der Unterstützung der beiden Hilfsorganisationen IKRK und UNHCR fort. Das UNHCR rechnet im schlimmsten Fall mit bis zu 1,5 Millionen Flüchtlingen in den umliegenden Ländern.

Aufbauhilfe im Kosovo

VADUZ – Die Regierung hat in ihrer Sitzung vom 25. März 2003 die Beteiligung Liechtensteins an fünf Wiederaufbauprojekten in Kosovo und Bosnien-Herzegowina genehmigt. Insgesamt wurden hierfür rund 2 175 000 Franken gesprochen.

Ein grosser Teil der Mittel kommt dem Shupa-Tal in Kosovo zugute. Liechtenstein hatte im Gefolge des Kosovo-Krieges eine grosse Anzahl von Flüchtlingen aus dieser Talschaft vorübergehend aufgenommen. Die finanzielle Unterstützung des Wiederaufbaus in Kosovo und Bosnien-Herzegowina stellt eine Begleitmassnahme zur Rückkehr der nach Liechtenstein geflohenen Menschen in ihre Heimatregionen dar.

Mit der Kombination dieser Programme leistet Liechtenstein einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilisierung dieser Region.

Briefwahlrecht

VADUZ – Die Regierung will analog zur Schweiz ein uneingeschränktes Briefwahlrecht einführen, das heisst, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger künftig entscheiden können sollen, ob sie wie bisher an der Urne oder per Briefwahl abstimmen wollen.

Bisher durften nur Personen per Briefwahl abstimmen welche entweder krank oder gebrechlich oder vorübergehend im Ausland weilten. Ausserdem ist das Verfahren relativ aufwändig. Um ein uneingeschränktes Briefwahlrecht einzuführen, stellte sich für die Regierung die Frage nach der Vereinbarkeit mit dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der geheimen Wahl. Regierungschef Otmar Hasler hielt jedoch an der gestrigen Medienkonferenz fest, dass das Prinzip der freien Wahl durch die Einführung des uneingeschränkten Briefwahlrechtes nicht gefährdet sei. Deswegen will Otmar Hasler den Vorschlag, ein uneingeschränktes Briefwahlrecht einzuführen, in Form einer Postulatsbeantwortung dem Landtag vorlegen.

Sicherheit oberste Priorität

Über eine Viertelmillion Franken für erhöhte Sicherheit am Samstag in Vaduz

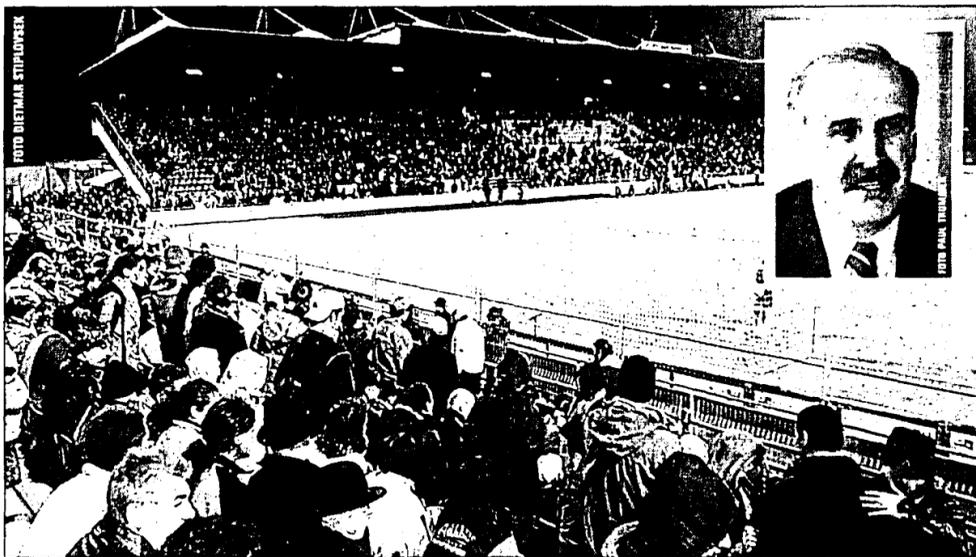
VADUZ – Dass Hunderte englischer Hooligans in Vaduz auf eine Heerschar militanter englandkritischer Demonstranten treffen, ist nur ein Szenario, auf das die Sicherheitskräfte am Samstag im Rahmen des EM-Spiels Liechtenstein gegen England gewappnet sein müssen. Regierungschef Otmar Hasler hat deshalb kein Verständnis dafür, dass ausgerechnet aus Fussballkreisen Kritik am Sicherheitsdispositiv geäussert wird.

• Martin Frommelt

FC Ruggell-Präsident Hansjörg Goop meinte, dass die Präsidenten über die Sicherheitsmassnahmen der Regierung «schockiert» seien. Dazu Otmar Hasler am gestrigen Regierungsgespräch: «Wenn so etwas gesagt wird, stelle ich fest, dass diese Personen vermutlich nicht gut informiert sind. Zunächst einmal halte ich es für sehr bedenklich, dass man einer Regierung zum Vorwurf machen will, dass sie alles für die Gewährung der Sicherheit unternimmt. Um es ganz klar zu sagen: Für mich hat die Sicherheit absolute Priorität, und zwar vor allem Sportlichen. Es hat in ganz Europa teils sehr gewalttätige Demonstrationen gegen englische und amerikanische Einrichtungen gegeben. Nachdem wir jetzt in Liechtenstein das Aushängeschild Englands zu Gast haben werden, war es geradezu unsere Pflicht, unser Sicherheitsdispositiv anzupassen, denn wir müssen Eventualfälle einrechnen. Deshalb kann ich diesen Vorwurf so nicht nachvollziehen.»

Gute Zusammenarbeit

Regierungschef Hasler weiter: «Für mich ist der Vorwurf auch



Regierungschef Otmar Hasler hält es für sehr bedenklich, dass man der Regierung zum Vorwurf machen will, dass sie alles für die Gewährung der Sicherheit unternimmt.

deshalb nicht verständlich, wenn ich bedenke, was die Regierung alles unternommen hat, damit dieses Spiel stattfinden kann. So hat die Regierung das Thema Ende letzten Jahres kurzfristig in den Landtag gebracht, um dem Verband eine Vorfinanzierung zu gewähren. Wenn ich die ganzen Bemühungen um die Durchführung dieses Spiels unsererseits betrachte, so hätte ich mir eher erwartet, dass es von Fussballerseite einen Dank gibt. Seitens der Regierung geht es mir um eine gute Zusammenarbeit mit dem Verband, der sehr viel für die Jugend getan hat und tut, erwähnt sei hier nur die U19-EM in Liechtenstein. Wir haben intensiv und gut zusammengearbeitet. Ich wünsche mir einfach, dass dieser Anlass ausschliesslich sportliche Schlagzeilen schreibt und dass unser Sicherheitsdispositiv nicht ausgereizt werden muss.»

Verantwortung liegt in erster Linie beim Verband

Wie Regierungschef Hasler weiter ausführte, geht es bei den Kosten auch um Präjudizien: «In erster Linie trägt der Veranstalter die Verantwortung. Ansonsten könnte man beliebige Veranstaltungen ansagen und dann dem Steuerzahler einfach die ganzen Kosten überlassen. Es ist auch nicht richtig, wenn gesagt wird, die Regierung würde die Kosten vollumfänglich dem Verband auferlegen. Neben den Kosten, welche der Verband zu tragen hat, gibt es einen enormen Einsatz öffentlicher Ressourcen, den es zu berücksichtigen gilt. Unter dem Strich wird es dennoch bis zur Hälfte den Staat treffen, denn es wird nicht alles über-

wälzt werden können.»

Mehr eine Viertelmillion

Zur Höhe der Kosten wollte sich der Regierungschef gestern noch nicht konkret äussern. Auf jeden Fall seien diese höher als jene 230 000 Franken, welche der Landtag dem Verband im letzten Dezember im Rahmen einer Vorfinanzierung gewährt hat. Damals sei dies eine realistische Kostenschätzung gewesen, da man noch «mit ganz normalen Umständen gerechnet» habe. «Ich gehe von erhöhten Aufwendungen aus, ich will aber gesicherte Zahlen abwarten. Ob die dem Staat anfallenden Kosten über das Budget oder über einen Nachtragskredit abgewickelt werden, ist derzeit offen. Wichtig ist mir aber auf jeden Fall, dass wir Kostentransparenz haben», so Regierungschef Hasler.

Kinder planen Petition

Unterschriftensammlung für St. Elisabeth – Workshop der Regierung

VADUZ – Der Realschule St. Elisabeth in Schaan geht es wie vielen kleinen Schulen: wirtschaftliche Gegenargumente werden zitiert. Schüler und Eltern bleiben trotzdem unbeirrt. Sie planen eine Petition. Und die Regierung hat einen Workshop angesagt zur Schulsituation in Liechtenstein.

• Kornelia Pfeiffer

Schulkinder in Schaan sammeln Unterschriften und ihre Eltern sammeln mit. Sogar im Rathaus liegen Unterschriftsbögen aus. Ziel der Aktion: eine Petition an die liechtensteinische Regierung, die Realschule Schaan-Planken dort zu lassen, wo sie ist – auf dem Areal des Klosters St. Elisabeth. Es steht wieder fifty-fifty, ob die kleine Realschule nach 2008 ihr Klosterdomizil verlassen und umziehen muss in das geplante Gross-Schulzentrum Mühleholz in Vaduz. Regierungschef Otmar Hasler hat zugesagt, nochmals aufzurollen, was 1998 schon beschlossene Sache schien.

Wirtschaftlich und pädagogisch zu verantworten

«Persönlich ist meine Präferenz immer, überschaubare Einheiten zu haben, damit im pädagogischen

Bereich das Optimale herauskommt», sagte Regierungschef Otmar Hasler gestern beim Mediengespräch der Regierung und somit irgendwie «Ja» zu St. Elisabeth. In der Diskussion um die Zukunft der kleinen Realschule in Schaan zählten stets aber dieselben Eckpunkte, nannte er dann das alte Dilemma: «Es muss wirtschaftlich verantwortbar sein. Eine weiterführende Schule muss eine gewisse Grösse haben, damit sie wirtschaftlich tragbar ist.» 160 bis 180 Schüler sei für eine weiterführende Schule die unterste Grenze, zitierte der Regierungschef eine Erkenntnis aus dem Jahr 1998. St. Elisabeth hat derzeit nicht einmal 100 Schüler.

Bau der ersten Etappe Mühleholz II

Auch wenn der Bau des Schulzentrums Mühleholz dringlich sei, bedeute das keineswegs automatisch das Aus für St. Elisabeth, so Otmar Hasler: «Das Schulzentrum Mühleholz II wird so gebaut, dass die erste Etappe auch die abschliessende sein kann, um die Option Schulstandort Schaan offen zu halten.» Gleichzeitig habe die Regierung Order gegeben, die Schulbauten im gesamten Land zu überprüfen. In Balzers stehe eine Real-

schule, die baulich in keinem guten Zustand sei, in Triesen werde gebaut. Hinzu kämen das Schulzentrum II im Unterland und auch St. Elisabeth.

Schaan und Kloster sind für Realschule

Die Gemeinde Schaan habe sich klar für St. Elisabeth eingesetzt. Das sei abgeklärt, unterstrich Otmar Hasler. Auch mit dem Kloster St. Elisabeth habe das Hochbauamt gesprochen, ob es bereit sei, Baugrund zu verkaufen für einen Schulausbau oder ob eine Baurechtslösung in Frage käme. Nun sei das Bildungsressort dabei, die Schulsituation in Liechtenstein allgemein abzuklären. Am 9. April finde ein Workshop mit Bau- und Bildungs-Ressorts statt. Über das Ergebnis und die weiteren Schritte würden die Realschule St. Elisabeth, die Gemeinde Schaan und die Elternvereinigungen informiert.

2008 läuft der Pachtvertrag zwischen Staat und Kloster St. Elisabeth für die Realschule St. Elisabeth aus. Die Ordensschwestern des Klosters haben mehrfach Bereitschaft signalisiert, den Pachtvertrag zu verlängern oder das Schulhaus dem Land Liechtenstein im Baurecht zu verkaufen. Besonders aktiv um St. Elisabeth

kämpft die Elternvereinigung der Primarschule. Die Eltern fürchten im Gross-Schulzentrum Mühleholz grossstädtische Verhältnisse für die nächste Schüler-Generation.

So sammelt die Interessengemeinschaft zur Erhaltung der Realschule St. Elisabeth (IG) in Schaan seit einer Woche Unterschriften. Und die 87 Schulkinder von St. Elisabeth kämpfen unbeirrt weiter für ihre Schule. Ein Stand auf dem Schaaner Jahrmarkt ist geplant und eine Homepage ist in Arbeit.

ANZEIGE

PALMERS
AUELESTRASSE 47, 9490 VADUZ

ANZEIGE

brother
MPC 9070 er neue
alleskönner
ist das

- Laserfax 14.400 bps
- Dokumentspeicher (4005)
- 100 Nummernspeicher
- Laserkopierer
- Laserdrucker
- Scanner mit Texterkennung

CHF 790.-
weitere Faxmodelle schon ab CHF 269.-

BURD
MARXER G.m.b.H.
st. gallenstrasse 10 9470 budsch
fon 081/756 33 10
mo - fr 13.30 bis 18.30 sa 9.00 bis 12.00